



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

BMJ-B2.035/0010-I 2/2007

An das
Präsidium des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Museumstraße 7
1070 Wien

Briefanschrift
1016 Wien, Postfach 63

e-mail
kzl.b@bmj.gv.at

Telefon (01) 52152-0* Telefax (01) 52152 2829

Sachbearbeiter(in): Dr. Dagmar Dimmel
*Durchwahl: 2133

Betrifft: Entwurf einer Vereinbarung zur Änderung der
Grundverkehrsvereinbarung.
Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, den Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, samt Erläuterungen mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln. Die im Begutachtungsverfahren befassten Stellen wurden um Stellungnahme bis

8. Juni 2007

ersucht.

Es darf darauf hingewiesen werden, dass der Gesetzesentwurf auch auf der Website des Bundesministeriums für Justiz (www.bmj.gv.at) zur Einsicht und zum Download bereit steht.

26. April 2007
Für die Bundesministerin:
Dr. Gerhard Hopf

Elektronisch gefertigt